

Kein Land in Sicht

„Noutstand Wunnengsbau!“-Debatte des OAI in der „Coque“

LUXEMBURG

LJ

Es stehe außer Frage, dass es einen Notstand im „Logement“ gebe - die wichtige Frage sei, wie diesem Notstand begegnet werde. Die entsprechenden Fragen standen bei der „Noutstand Wunnengsbau!“-Debatte des „Ordre des Architectes et des Ingénieurs-Conseils“ (OAI) am Montagabend in dem Auditorium der „Coque“ im Mittelpunkt. Zur Diskussionsrunde erschienen Wohnungsbauminister Marc Hansen, Innenminister Dan Kersch sowie die Abgeordneten Henri Kox und Marc Lies. Es moderierten die Architekten Diane Heirend und Florian Hertweck, der zudem Direktor des Masterstudiengangs für Architektur an der Universität Luxemburg ist.

Wo es hapert

„Es ist grundsätzlich nicht nur ein Problem der fehlenden Wohnungen, sondern eher ein Problem der fehlenden Bauflächen“, fasste Wohnungsbauminister Hansen die seiner Meinung nach wichtigste Grundproblematik passend zusammen. Realiter gebe es deshalb beispielsweise genügend verfügbare Wohnungen des „Fonds de Logement“ in Lamadelaine, aber umgekehrt kaum etwas auf Kirchberg.

Um gegen die hohen Preise anzukämpfen, biete sich deshalb auch eine Reform der Grundsteuer an. „Wir wollen eine solche Reform, aber das wird wohl noch dauern“, meinte er. „Selbst mit einer verfünffachten Grundsteuer wird sich allein nichts tun, sie ist nur ein Puzzlestück.“ Deshalb brauche es auch neue Wohnmodelle wie etwa „Wunnen



Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Die beiden Minister Marc Hansen (Wohnungsbau) und Dan Kersch (Inneres), diskutierten unter anderem mit Marc Lies (M., CSV) und Henri Kox (déi gréng)

mat der Woltz“. Ähnlich sah es Innenminister Kersch, der in der Spekulation die größte Herausforderung ausmachte. „Die Grundstückspreise explodieren nicht plötzlich um fast 3.000 Prozent“, meinte er. „Wenn wir darauf keine Antwort finden können, gibt es keinen grünen Zweig.“ Eine mögliche Lösung sei daher neben dem massiven Aufkaufen von Bauflächen durch den Staat auch in

dem Schließen von Baulücken zu suchen - wenn nötig, auch durch Expropriation samt entsprechender Entschädigung. Ein von den Abgeordneten

Lies und Kox zudem ins Gespräch gebrachter stärkerer Bau an Sozialwohnungen unterstützt beide Minister hingegen prinzipiell. „Es muss aber eine zeitlich begrenzte Lösung bleiben“, betonte Kersch. ●

„Es fehlt ganz klar an Baufläche“

MARC HANSEN, Wohnungsbauminister

WISSENS-VERMITTLUNG

12. OAI-Guide veröffentlicht

Neben der Informationsveranstaltung, die vom OAI am Montag abgehalten wurde, haben die Experten auch online auf ihrer Webseite unter www.oai.lu unter der Rubrik „Avis OAI“ 18 Punkte für die Wohnungs-Problematik eingebracht. Zudem werde es am 18. September eine dritte Diskussionsrunde zur Thematik in der „Coque“ geben. Interessierte können sich zudem auf den sozialen Medien über den Hashtag „#LUXEMBOURGDEMAIN“ informieren. Das Event wurde auch live übertragen und ist auf dem OAI-Kanal auf Youtube nachverfolgbar. Daneben wurde auch der bereits 12. OAI-Guide heraus gegeben, in dem sich alle nötigen Informationen zu den OAI-Mitgliedern finden lassen, damit die Bürger den richtigen Partner für ihre kommenden Projekte finden können.

➔ www.guideoai.lu

NEWS

45 Änderungsanträge am „Revis“

LUXEMBURG Der Staatsrat wird sich demnächst erneut mit dem „Revis“-Gesetzesvorhaben auseinandersetzen müssen. Der Familien- und Integrationsausschuss hat gestern in Anwesenheit der Ressortministerin Corinne Cahen (DP) mit den Stimmen der Mehrheit 45 Änderungsanträge angenommen. Damit soll der Text den Fragen der Hohen Körperschaft Rechnung tragen, die sie etwa in Bezug auf die Altersgrenze von 25 Jahren gestellt hatte. Prinzipiell sind Unter-25-Jährige - wie auch im bestehenden RMG-System - vom „Revis“ ausgeschlossen. Ausnahmen sind aber möglich, wenn es sich etwa um junge Eltern handelt. An den Formulierungen zum Datenschutz und Verwarnungen wurde ebenfalls gefeilt. Das Gesetzesvorhaben sieht vor, dass die Agentur für Arbeit (ADEM) erster Ansprechpartner bei der Einschreibung zum „Revis“ ist. Auf der Grundlage eines Gutachtens soll sie entscheiden, ob der Betroffene von der ADEM begleitet wird oder vom „Office national de l'inclusion sociale“. CB



Neun Petitionen freigeschaltet

LUXEMBURG Neun Petitionen können seit gestern auf der Webseite des Parlaments unterzeichnet werden. Wer nur bis zu drei Stundenkilometer zu schnell ist und geblickt wird, soll weniger Bußgeld berappen müssen, fordert beispielsweise Joel Blei. Ein Rauch-